

Frankfurter Rundschau

Hanau und Main-Kinzig - 30.09.2014

MAIN-KINZIG

Dezentral statt Massenunterkunft

Von Jochen Dietz



Deutsch-Unterricht mit ehrenamtliche Helferinnen: So sieht Flüchtlingsbetreuung in Maintal aus.
Foto: Renate Hoyer

Probleme mit privaten Betreibern und Sicherheitsleuten in Flüchtlingsunterkünften wie in Nordrhein-Westfalen gibt es im Main-Kinzig-Kreis nicht. 70 Prozent der derzeit knapp 1800 Flüchtlinge sind in Privatwohnungen untergebracht. Man setzt auf dezentrale Unterbringung.

Im Main-Kinzig-Kreis gibt es keine privaten Betreiber oder Sicherheits-Subunternehmen für Flüchtlingsunterkünfte, wie sie derzeit in Nordrhein-Westfalen wegen Misshandlungen für negative Schlagzeilen sorgen. „Unser Unterbringungskonzept ist nicht mit den Städten in Nordrhein-Westfalen und auch nicht mit anderen Landkreisen zu vergleichen. Es ist viel dezentraler angelegt“, erläutert Kreissprecher Frank Walzer.

Dieses Prinzip gehe auf eine Initiative des damaligen Sozialdezernenten und heutigen Landrats Erich Pipa (SPD) aus dem Jahr 1987 zurück, Flüchtlinge möglichst in Privatwohnungen, statt in Sammelunterkünften unterzubringen. Der Kreis sei somit bei der Unterbringung von Menschen, die Schutz suchen, „sehr gut aufgestellt“.

70 PROZENT DEZENTRAL UNTERGEBRACHT Selbst für die größte Flüchtlingsunterkunft Hof Reith bei Schlüchtern gebe es keinen privaten Sicherheitsdienst.

Hier seien derzeit 155 Menschen untergebracht. Hof Reith sei auch nur „Durchgangsstation“, um die Menschen auf die einzelnen Städte und Gemeinden zu verteilen. Hier gebe es das „Brückencafé“, Ansprechpartner vor Ort, darunter viele ehrenamtliche Helfer, die sich um die Menschen kümmern.

Der Anteil von Privatwohnungen als Unterbringungsort für Asylsuchende und Flüchtlinge liege im Kreis bei rund 70 Prozent. Das sei im Vergleich zu anderen Landkreisen sehr hoch. „Und das, obwohl im Asylverfahrensgesetz Paragraph 53 steht, dass Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen“, sagt Walzer.

Die Unterbringung in Privatwohnungen, sei demnach bundesweit eher die Ausnahme, im Main-Kinzig-Kreis jedoch die Regel. „Das ist eine fast 30 Jahre alte bewährte Praxis bei uns“, so der Kreissprecher.

Per Pressemitteilungen rufen immer wieder Städte und Gemeinden dazu auf, leer stehenden oder ungenutzten Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, ob Maintal, Schöneck, Erlensee oder Nidderau. In Schöneck beispielsweise fand eine Familie aus Eritrea in der Hausmeisterwohnung über der Kindertagesstätte Unterschlupf.

SUCHE NACH FREIEM PRIVATEM WOHNRAUM Ende August lebten 1781 Flüchtlinge im Main-Kinzig-Kreis. Die wenigen Gemeinschaftsunterkünfte seien dabei überschaubar, wie etwa in der Neckarstraße in Maintal. Städtische Mitarbeiter seien vor Ort und ständige Ansprechpartner für die Menschen, zumal sie auch ihr Büro im Gebäude haben, erklärt Stadtsprecherin Nicole Sittig.

Hinzu käme der Arbeitskreis Asyl, der mit seinen ehrenamtlichen Sprachkurse, Ausflüge, Freizeitangebote für die zum Müßiggang verurteilten Asylbewerber organisiere und begleite. Demnach sei der Main-Kinzig-Kreis weit entfernt von den Missständen wie in NRW.

Die Stadt Hanau arbeitet nach eigenen Angaben noch an einem Betreuungs- und Sicherheitskonzept in Abstimmung mit dem Kreis. Insbesondere für die in den ehemaligen US-Wohngebäuden der Pioneer-Kaserne geplante Gemeinschaftsunterkunft. „Eine Möglichkeit, solche unakzeptablen Zustände wie in Nordrhein-Westfalen zu vermeiden, könnte sein, dass wir Transparenz zum Beispiel durch die Schaffung eines Beirats aus Vertretern des Runden Tisches Asyl ermöglichen, der auch die Einhaltung von Mindeststandards prüft“, heißt es von der Stadt.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/hanau-und-main-kinzig/main-kinzig-dezentral-statt-massenunterkunft,1472866,28578480.html>

Copyright © 2015 Frankfurter Rundschau